

08. Februar 2024

PRESSEMITTEILUNG

Pflegeverband: Schluss mit der pflegepolitischen Zechprellerei

Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) appelliert an die Bundes- und Landesregierungen, Verantwortung für die Versorgungssicherheit in der Altenpflege zu übernehmen. Sie müssen effektive Maßnahmen zum Schutz der Pflegebedürftigen ergreifen statt Verantwortungs-Outsourcing zu betreiben und Scheindebatten zu führen.

AGVP-Präsident Thomas Greiner erklärt: „Es ist bedauerlich, dass politische Verantwortung oft auf Pflegeeinrichtungen abgewälzt wird. Wir kennen dieses Verantwortungs-Outsourcing von der Tariftreuregelung: Erst höhere Löhne für das Pflegepersonal beschließen und dann die Kosten bei den Einrichtungen abladen. Diese Kultur pflegepolitischer Zechprellerei muss ein Ende haben.

Denn ein ähnliches Muster sehen wir bei der Vernachlässigung der Versorgungssicherheit. Im Jahr 2023 führten Kostensteigerungen und bürokratische Vorgaben zu Insolvenzen und Schließungen von 800 Pflegeeinrichtungen. Die Folge: Mehr als 16.000 Pflegeplätze gingen verloren – eine alarmierende Entwicklung angesichts der steigenden Zahl Pflegebedürftiger. Aber Bundes- und Landesregierungen schauen weiterhin tatenlos zu: In NRW wird trotz Verfünfachung der Pflege-Insolvenzen beschwichtigt und verharmlost, im Bund werden Scheindebatten über einen Rechtsanspruch auf Homeoffice für pflegende Angehörige geführt.

Es ist Zeit für eine Generalüberholung der Pflegefinanzierung, die bei den Einrichtungen ankommt und deren Existenz absichert. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen zur Entlastung keinen Rechtsanspruch auf Homeoffice, sondern einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Isabell Halletz
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710 Mail: halletz@arbeitgeberverband-pflege.de
Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.